



Die SPD darf nicht die Mehrheitsbeschafferin der Kanzlerin sein

Antragsteller: Juso-Regionalvorstand

**Weiterleitung an SPD-Kreisverbände und Unterbezirke OWL
sowie den SPD-Regionalverband OWL**

Weiterleitung an die Delegierten des Parteikonvents am 27.09.2013 in Berlin

- 1 Wir haben in Ostwestfalen-Lippe mit Stefan Schwartze und Dirk Becker zwei Direktmandate
- 2 verteidigen können. Christina Kampmann hat in Bielefeld unser Direktmandat als einziges in
- 3 NRW zurückgeholt. Dieses kann man nicht hoch genug würdigen. Alle drei haben gegen den
- 4 Bundestrend und gegen die Zweitstimme im eigenen Wahlkreis gewonnen.
- 5 Trotz kleiner Zugewinne im Bund haben wir unser Ziel, die Bildung einer rot-grünen Koaliti-
- 6 on, bei weitem nicht erreichen können. Der Abstand zur Union hat sich von etwa 11 Prozent
- 7 bei der Bundestagswahl 2009 auf 16 Prozent vergrößert. Nur wenige Stimmen fehlen der
- 8 Kanzlerin wegen des Scheiterns von FDP und AfD an der Fünfprozenthürde zur absoluten
- 9 Mehrheit.
- 10
- 11 Wir sehen es als großen Fehler an, bestimmte Koalitionen vor der Wahl kategorisch auszu-
- 12 schließen. Wegen des unaufholbaren Abstands von Rot-Grün auf Schwarz-Gelb wurde unser
- 13 gemeinsames politisches Programm mit den Grünen von vielen Wählerinnen und Wählern
- 14 nicht richtig wahrgenommen, da ein Wahlsieg als äußerst unrealistisch eingeschätzt wurde.
- 15 Auch das hat zu dem guten Ergebnis der Kanzlerin beigetragen. Wir konnten keine glaubhaft
- 16 realistische Alternative anbieten. Mittelfristig wird es sich noch als großer Fehler erweisen,
- 17 weiterhin kategorisch ein rot-rot-grünes Bündnis vor Bundestagswahlen auszuschließen. Man
- 18 darf nicht vergessen: Es gibt im Bundestag eine linke Mehrheit. Mit der Warnung vor Rot-
- 19 Rot-Grün lässt sich längst kein Schrecken mehr verbreiten.
- 20
- 21 Wir sehen den Eintritt in ein Bündnis mit der Union sehr skeptisch. Merkel fehlen zur absolu-
- 22 ten Mehrheit nur wenige Stimmen. Die Rolle der SPD ist bei diesem Ergebnis die Opposition.
- 23 Das Argument, eine Koalition aus Union und SPD sei für das beste fürs Land, bezweifeln wir.
- 24 Große Koalitionen stärken immer die politischen Extreme. Das Ergebnis der „Alternative für
- 25 Deutschland“ hat gezeigt, dass auch Parteien rechts der Union in Deutschland in der Lage

26 sind, in den Bundestag einzuziehen. Solchen – aus Protest gewählten – Bewegungen gäbe
27 man durch den Beitritt zu einer großen Koalition weiteren Aufwind.
28 Wenn, dann könnte es zu einer Einigung mit der Union nur über die Durchsetzung linker In-
29 halte kommen. Bei Koalitionsverhandlungen, die von und mit der SPD geführt werden, sind
30 **alle** folgenden Eckpunkte unverzichtbare Bestandteile eines auszuhandelnden Koalitionsver-
31 trages:

- 32 • Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns
- 33 • konsequente Eindämmung von prekärer Beschäftigung in Leih- und Zeitarbeit sowie
34 Mini-Jobs
- 35 • Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften
- 36 • Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft
- 37 • Aussetzung der Rente mit 67 solange nicht mindestens die Hälfte aller 60 bis
38 65jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind
- 39 • Stabilität des Rentenniveaus bis mindestens 2020
- 40 • Abschaffung des Betreuungsgelds und Investition in den zusätzlichen Ausbau der
41 Kinderbetreuung
- 42 • Abschaffung des Kooperationsverbots in der Bildung
- 43 • Investition von 20 Mrd. Euro zusätzlich in Bildung durch Bund und Länder, u.a. zur
44 Umsetzung der Ausbildungsgarantie und der Neubelebung des Ganztagschulausbaus
- 45 • Einstieg in die Bürgerversicherung mit einem einheitlichen Wettbewerbsrahmen für
46 alle Krankenkassen und einer einheitlichen Honorarordnung
- 47 • Entlastung der Kommunen
- 48 • Pakt für Bildung und Entschuldung:
 - 49 • Erhöhung des Spitzensteuersatzes
 - 50 • Einführung einer Finanztransaktionssteuer
 - 51 • Wiedereinführung der Vermögenssteuer
 - 52 • Erhöhung der Abgeltungssteuer
 - 53 • Abschaffung besonderer steuerlicher Privilegien für Hoteliers und reiche Erben
- 54 • Konsequentes Handeln gegen Rechts (u.a. durch das Vorantreiben des NPD-
55 Verbotsverfahrens)
- 56 • Abschaffung der Extremismusklausel

57
58 Lassen sich diese Inhalte nicht durchsetzen, lehnen wir die Bildung einer großen Koalition ab.